



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 30.03.2009

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele ab TOP 2

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Frau Stadträtin Brunner

Frau Stadträtin Buttschardt

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Etzinger

Frau Stadträtin Förg

Herr Stadtrat Funk

Herr Stadtrat Garlin

Herr Stadtrat Gehring

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

ohne TOPs 2-7

Herr Stadtrat Herzhauser

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

ab TOP 2

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Späh

Frau Stadträtin Vollmer

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Frau Stadträtin Handtmann
Frau Stadträtin Kapfer

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Fessler Ordnungsamt
Herr Kopf, Hochbauamt ab TOP 5
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz ab TOP 5
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt ab TOP 2
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt ab TOP 5
Herr Urbano, Stadtwerke Biberach GmbH ab TOP 5
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Verlegung des verkaufsoffenen Sonntags auf den 8. November 2009	29/2009
3.	Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum Variantenuntersuchung für den Abwasserbereich Hofen	188/2008, 188/2008-1 + 188/2008-2
4.	Einziehung des Feldweges Flst. Nr. 243 im Gewann "Burgzeitl", Gemarkung Stafflangen	34/2009
5.	Beteiligungsbericht 2008 der Stadt Biberach	39/2009
6.	Konjunkturprogramm II - Projektanträge der Stadt Biberach	60/2009
7.	Zuwahl zum Gemeindevwahlausschusses für die Kommunalwahlen am 7. Juni 2009	54/2009
8.	Hallensportbad Biberach - Feststellung der Schlussrechnung der Firma Reisch	50/2009
9.	Bekanntgaben: Wechsel Tiefbauamtsleiter Rechmann	
10.1.	Verschiedenes: Geldanlagen	
10.2.	Verschiedenes: Textbebauungspläne	
10.3.	Verschiedenes: Mensa-Essen	
10.4.	Verschiedenes: Beamer Ratssaal	
10.5.	Verschiedenes: Jugendsinfoniekonzert	
10.6.	Verschiedenes: Roter Bau	

Die Mitglieder wurden am 19.03.2009 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 26.03.09 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Herr Heinz Maier hat verschiedene Fragen.

Bushaltestelle Kolpingstraße

Herr Maier bringt vor, verschiedene Behinderte hätten ihn auf die fehlende Sitzgelegenheit angesprochen. Er fragt, ob bei der Bushaltestelle Kolpingstraße eine Sitzgelegenheit geplant sei und meint, der erforderliche Platz wäre vorhanden.

WC am Holzmarkt

Herr Maier lobt die Toilettenanlage am Kirchplatz. Sie sei hygienisch und sauber. Er fragt, ob beim Umbau des Holzmarktes nicht auch ein öffentliches WC eingeplant werden könnte.

BM Kuhlmann gibt zu verstehen, ein provisorisches WC sei am Holzmarkt nicht vorgesehen.

Mensa an den Gymnasien

Herr Maier findet die Essenspreise zu hoch und fragt, warum Bedürftige keine Zuschüsse erhielten. Stuttgart und Heilbronn wollten 2009 etwas derartiges einführen.

OB Fettback bemerkt, die Stadt habe die Mensa erstellt und bezahlt. Es sei also keinesfalls so, dass man sich hier nicht engagiere. Auch die ganzen Arbeiten, die im Hintergrund erforderlich seien, würden von der Stadt übernommen. Man wolle noch 2009 über ein Modell zur Subventionierung beraten.

Sicherheit in der Stadt

Herr Maier fragt, ob man beim Thema Sicherheit in der Stadt Fortschritte verzeichne.

OB Fettback gibt zu verstehen, Fortschritte oder Erfolge seien bei diesem Thema schwer messbar. Die Streetworker hätten zudem ihre Arbeit erst begonnen.

Baugeschäft Betz

Herr Maier spricht das Areal des Baugeschäfts Betz in der Waldseer Straße an. Er fragt, ob aus dem Gelände nicht mehr gemacht werden könnte und ob die Stadt hierauf Einfluss habe.

BM Kuhlmann gibt zu verstehen, man habe rechtlich keine Handhabe.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 29/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 16.03.09.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der verkaufsoffene Sonntag wird wegen Allerheiligen auf den 8. November 2009 verlegt, abweichend von der Satzung über die Freigabe eines Sonntags für den Verkauf von Waren anlässlich der „Biberacher Filmfestspiele“ in den Jahren 2007 bis 2011.

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1-3** beigefügten Drucksachen Nrn. 188/2008, 188/2008-1 und 188/2008-2 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde nichtöffentlich im Gemeinderat vorberaten und am 02.03.09 die in Drucksache Nr. 188/2008-2 dargelegte Variante zur Beschlussfassung empfohlen.

BM Kuhlmann erläutert kurz die unterschiedlichen Varianten und ihre Auswirkungen. Dabei verdeutlicht er, dass mehr Qualität höhere Kosten bedeute. Man habe die Gebührenbelastung für die Gebührenzahler abgewogen mit der Belastung derjenigen, die an die Abwasserbeseitigung angeschlossen werden sollten.

StR Kolesch bemerkt, man habe sich in mehreren Sitzungen intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Eine ordnungsgemäße Abwasserentsorgung sei eine der wichtigsten Umweltschutzmaßnahmen. Man habe zwischen der technisch und für die Umwelt perfekten Abwasserentsorgung als oberstes Ziel abgewogen und dabei Alternative 3 schnell ausgeschieden, da sie nicht mit dem Anschluss an die zentrale Verbandskläranlage vergleichbar sei, was die Abwasserentsorgung betreffe. Zudem hätte dies die größten Kosten für die Betroffenen in Hofen bedeutet. Man wolle möglichst geringe Kosten für die anzuschließenden Gehöfte und verträgliche Gesamtkosten für die Allgemeinheit, da die Kosten in den Gebührenhaushalt eingingen und somit von jedem getragen werden müssten. Bei Variante 1 beliefen sich die Kosten für die Allgemeinheit auf 1,1 Mio. €. Mit 400.000 € bis 450.000 € seien die Kosten von Variante 2 für die Allgemeinheit viel geringer. Die Verwaltung habe erklärt, dass diese Variante technisch gleich gut sei. Die CDU-Fraktion habe ursprünglich die Kosten von ca. 6.000 € pro Pumpwerk von der Stadt übernehmen wollen. Die Verwaltung habe dies aber eindeutig als rechtswidrig erklärt. Man müsse diese Aussage hinnehmen, auch wenn sie nicht gefalle. Die Verwaltung habe zugesagt, erhältliche Landeszuschüsse an die einzelnen Eigentümer weiterzugeben, weshalb jeder einzelne Anzuschließende nur noch 4.000 € je Pumpwerk bezahlen müsste. Sofern weitere Entlastungsmöglichkeiten für die Eigentümer bestünden, müsse man diese nutzen. Man halte dies für einen tragbaren Kompromiss.

OB Fettback stellt klar, man habe zur angesprochenen Frage beim Regierungspräsidium nachgefragt und auch einen Rechtsanwalt beauftragt. Würde man die Kosten der Pumpwerke bezahlen, würde dies gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen.

StR Dr. Nuding signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion. Man erwarte, dass die Ausschreibung deutlichere Preise bringe und evtl. Einsparungen auch durch die Wahl eines anderen Verfahrens (Schlauch und Pumpe) möglich würden. Sein Vorredner habe die wesentlichen Punkte genannt. Die Anschlusssicherheit sei auch für die SPD-Fraktion ein wichtiger Parameter gewesen. Was den Gleichbehandlungsgrundsatz betreffe müsse man berücksichtigen, dass der Grundsatzbeschluss des Gemeinderats zehn Jahre alt sei und die Situation sich seither geändert habe. Die Gleichbehandlung bezüglich der Funktionssicherheit sei gegeben.

StRin Vollmer hebt auf die ausführliche Vorberatung ab und signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler. Sie fragt, ob eine Alternative zur Vergabe an die Firma Wasser-Müller bestehe.

OB Fettback erwidert, man werde eine HOAI-Abfrage unter den möglichen Ingenieurbüros durchführen.

StR Weber erkundigt sich nach der Einbindung des Ortschaftsrats Stafflangen. Die Grünen hätten sich eine dezentrale Lösung für die Abwasserbeseitigung vorgestellt. Der Ay-Weiher könnte an das öffentliche System angeschlossen werden und die übrigen Gehöfte mit biologischen Kläranlagen für jedes Einzelgehöft versehen werden. Dies wäre zukunftsfähig und nachhaltig. Wenn man sich jedoch für Variante 2, müsse man an Lösungen für Pumpenausfälle denken, die z. B. an Feiertagen stattfinden könnten.

OB Fettback stellt klar, die Zuführung der Abwässer in die zentrale Anlage sei aus Umweltgesichtspunkten sehr gut.

StR Braig führt aus, je länger die Leitungen würden und je weniger Anschlüsse man verzeichne, desto höher würden die Kosten. Variante 2 spare den Gebührenzahlern Geld und für die anzuschließenden Eigentümer erreiche man Entlastungsmöglichkeiten durch Landeszuschüsse.

StR Aßfalg lässt wissen, der Ortschaftsrat sei einstimmig der Meinung, der Gleichheitsgrundsatz sei wichtig. Er meine auch, man dürfe die Wartungskosten für die Einzelpumpwerke nicht unterschätzen. Erfolgte ein Anschluss nach Variante 1, würde dies den Abwasserpreis nur um 2 Cent/m³ erhöhen.

OV Aßfalg meint, das große Bemühen um einen Konsens sei spürbar. Das Verfahren und die Beteiligung des Ortschaftsrats sei nicht ganz glücklich gelaufen. Der Ortschaftsrat habe Variante 1 beschlossen. Sollte diese nicht umsetzbar sein bitte er einen ermäßigten Anschlusssatz zu überprüfen. Er bittet, die betroffenen Eigentümer und den Ortschaftsrat im weiteren Verfahren gut zu informieren.

OB Fettback räumt ein, das Verfahren sei nicht optimal verlaufen, was auch am Konstrukt Eigenbetrieb liege, der keinen vorberatenden Ausschuss habe.

Herr Rechmann stellt klar, dass bezüglich der Abwassergebühren keine Vergünstigungen möglich seien.

BM Kuhlmann **sagt zu**, sich nach weiteren Zuschussmöglichkeiten zu erkundigen.

Anschließend fasst der Gemeinderat ohne weitere Aussprache mit 3 Nein-Stimmen (StRe Aßfalg, Späh, Weber), 3 Enthaltungen (StRe Abele, Brunner, Gehring) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der Variante II – Schmutzwasseranschluss mit reiner Pumpdruckleitung und privaten Einzelpumpwerken für jedes Anwesen – wird zugestimmt.**
- 2. Für die weiteren Planungsschritte wird eine HOAI-Abfrage bei möglichen Firmen durchgeführt.**

**TOP 4 Einziehung des Feldweges Flst. Nr. 243 im Gewinn "Burgzeit",
Gemarkung Stafflangen**

34/2009

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 34/2009 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.03.09.

StR Weber bittet im Fall einer Aufgabe des Feldweges zu prüfen, ob der Weg im Prinzip beibehalten und eine Hecke gepflanzt werden könnte.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den Wirtschaftsweg Flst. 243 im Gewinn „Burgzeit“ der Gemarkung Stafflangen wird gem. § 7 Straßengesetz die Einziehung eingeleitet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 39/2009 zur Information vor. Im Hauptausschuss am 16.03.09 erfolgte die Vorberatung.

StR Dullenkopf sieht im Beteiligungsbericht eine zusammengefasste Möglichkeit, einen Überblick über die großen Beteiligungen zu erhalten. Er plädiert, die Beteiligung bei der Raiffeisenbank Rottumtal aufzulösen.

StRin Drews begrüßt insbesondere die Risikoberichterstattung und die Hinweise auf die wesentlichen Veränderungen. Die Stadtwerke verzeichneten keine Gewinne mehr aufgrund hinzugekommener Verlustbringer, was zu erheblichen jährlichen Zuweisungen führe. Daher müsse über entscheidende Veränderungen nachgedacht werden. Gleiches gelte für die e.wa riss, bei der die bestehende Struktur überprüft werden müsse.

Zur Baugenossenschaft gibt sie zu überlegen, die Beteiligung zu erhöhen. Man müsse Doppelarbeit zum Beispiel beim Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft vermeiden. Man solle prüfen, veraltete Beteiligungen oder solche, die keinen Nutzen brächten, aufzugeben und welche Beteiligungen zusätzlich angestrebt werden könnten. Dabei solle besonderes Augenmerk auf erneuerbare Energien und den Bereich Soziales gelegt werden, da Bund und Land sich immer mehr aus diesen Themen zurückzögen.

OB Fettback sieht diese Prüfung als permanente Aufgabe und **sagt zu**, diesen Auftrag aufzunehmen.

StR Zügel sieht in Beteiligungen das grundsätzliche Bekenntnis zur regionalen Verankerung, wobei man in der Regel keine Einflussnahme habe, da die Beteiligungen zu klein seien. Der Beteiligungsbericht biete Transparenz zur politischen Verantwortung der politisch Handelnden. Er appelliert, Änderungen sehr sensibel anzugehen. Parameter müsse der Nutzen für die Bürger sein, den man vielfältig definieren könne.

StR Späh sieht im Beteiligungsbericht eine wichtige Information für die Bürger. Er spricht die Saniierungsgesellschaft an und meint, eventuell solle man auf die Auflösung verzichten, da vielfältige Aufgaben anstünden. Dagegen solle man beim Zweckverband Wegebaugemeinschaft Albrand die Auflösung der Beteiligung überlegen, da hier seit Jahren nichts geschehen sei und Beteiligungen auch Verwaltungsaufwand bedeuteten. Er fragt, welche Konsequenzen ein Ausstieg aus der Raiffeisenbank Rottumtal für Ringschnait hätte. Bezüglich der Baugenossenschaft solle man eine Erhöhung der Beteiligung überlegen, um den sozialen Wohnungsbau auf diesem Wege eher fördern zu können.

StR Funk findet den Beteiligungsbericht gut und richtig. Er hält es für erforderlich eine Fußnote bezüglich der Kreissparkasse anzubringen. Die Stadt bezahle 40 % der Kreisumlage. Die Kreissparkasse gehöre zu 100 % dem Landkreis und die Kreissparkasse sei beispielsweise auch an der LBBW beteiligt. Zu diesem Sachverhalt benötige man als Gemeinderat Informationen. Mittelfristig sollte daher der Erste Bürgermeister im Verwaltungsrat der Kreissparkasse einen Sitz erhalten. Er fordert die Verwaltung auf, sich hierum zu bemühen, um eine bessere Informationspolitik zu ermöglichen.

OB Fettback erwidert, der Gemeinderat sei hierfür das falsche Gremium. Der Kreistag und der Verwaltungsrat der Kreissparkasse seien zuständig.

Die Sanierungsgesellschaft habe man aufgrund eines Formfehlers noch nicht aufgelöst. Man prüfe, ob man die Sanierungsgesellschaft eventuell für Stadtentwicklungsmaßnahmen doch noch benötige.

Zum sozialen Wohnungsbau müsse man die Hoffnung, dass die Baugenossenschaft sich diesem Thema annehme kritisch sehen, da auch sie nicht mehr gemeinnützig sei. Sozialer Wohnungsbau erfolge nur, wenn Bund, Land oder die Stadt Zuschüsse gewährten.

StR Dullenkopf **beantragt**, die Beteiligung bei der Raiffeisenbank Rottumtal aufzulösen.

StR Deeng lässt wissen, sie habe schon zweimal fusioniert. Seines Wissens bestehe die Beteiligung noch aus Zeiten der selbständigen Gemeinde Ringschnait. Gemeinden wie Ochsenhausen seien an ihr beteiligt. Er vermute, ein Austritt würde kein gutes Bild machen.

EBM Wersch hebt auf die symbolische Wirkung der Beteiligung ab.

StR Dullenkopf **zieht daraufhin seinen Antrag zurück.**

Damit hat der Gemeinderat vom Beteiligungsbericht 2008 Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 60/2009 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback bedankt sich bei den Vorlagenerstellern. Im Grundsatz sei das Konjunkturprogramm II gut und wirke nachhaltig. Energetische Maßnahmen sollten langfristig zu einem Sinken der laufenden Kosten beitragen. Hierfür gebühre der Regierung Dank. Es sei jedoch noch keine endgültige Entscheidung möglich, da die Frist, während der freie Träger Programme melden könnten, noch nicht abgelaufen sei. Aktuell habe man einen Antrag von Lernen Fördern erhalten.

Die energetische Sanierung von PG und WG habe man nicht vorgeschlagen, da diese allein 11,5 Mio. € kosten würde. Mit den Mitteln des Konjunkturprogramms II könnte man also nicht einmal die Außensanierung einer Schule durchführen. Lange habe man auch über die Gaisental-Grundschule diskutiert. Es sei jedoch offen, ob sie in das Ausbauprogramm Ganztageschule aufgenommen werde, was dann zuschusshinderlich für das Konjunkturprogramm II wäre. Maßnahmen, die über 75.000 € kosteten, würden zur letztendlichen Beschlussfassung noch in den Gremien behandelt.

StR Dullenkopf lässt wissen, es sei keine Fraktionsberatung möglich gewesen. Die Verwaltung verlange dem Gemeinderat einen Blankoscheck ab. Die Aktion insgesamt werde positiv von der CDU-Fraktion gesehen. Probleme habe man jedoch mit der Absicht, 1 Mio. € in die Jugendkunstschule zu investieren. Gleiches gelte für die Erneuerung der Außentüren in der Stadthalle. Der mittlere Eingang sehe relativ neu aus und wenn dies als energetische Maßnahme gedacht sei, erachte man sie als wenig sinnvoll. Zur personellen Umsetzung, die auf der letzten Seite der Vorlage dargelegt werde, stellt er klar, es dürfe nicht sein, dass Maßnahmen verschoben würden, wenn man Dritte beauftrage.

StRin Kübler führt aus, das Konjunkturprogramm II sei eine zusätzliche Investitionsspritze, durch die manches Projekt eine andere Priorität erhalte. Insgesamt betrachte man es positiv. Man habe auch den Eindruck, dass eine Förderwelle in Gang gesetzt worden sei. Problematisch erachte man die Verglasung der Rathausarkaden und sie fragt, wie konkret dieses Projekt bereits sei. Nach Meinung der SPD-Fraktion könnten weitere Maßnahmen auch Garagenfelder für Gerätelager in der Mittelberg-Grundschule sein. Diese seien derart überfüllt, dass manche Geräte teilweise gar nicht mehr genutzt würden. Der Bau zweier weiterer derartiger Garagen wäre nützlich. Der Planungsaufwand hierfür wäre gering. Sie bittet zu prüfen und abzuwägen, ob dies in das Konjunkturprogramm II oder in ein anderes Förderprogramm passen würde.

Die zeitliche Verschiebung anderer Maßnahmen müsse näher konkretisiert werden. Zum einen, wie lange die Verschiebung sein solle. Laut Programm bestehe auch die Einschränkung, nicht weniger als in den vergangenen drei Jahren zu investieren. Sie fragt, ob diese Forderung dann noch erfüllt wäre. Ferner äußert sie die Hoffnung, dass das beschleunigte Ausschreibungsverfahren als Signal an die Wirtschaft angewendet werde.

StR Zügel stellt fest, mit dem Konjunkturprogramm II erhalte eine wohlhabende Stadt 2,9 Mio. € geschenkt. Die Bundesregierung finanziere dies über neue Verschuldung, die künftige Generationen belaste. Dies sei die zweite Seite des Konjunkturprogramms. Dennoch danke man der Bundesregierung und der Verwaltung für die schnelle Ausarbeitung der Projektvorschläge. Als Ge-

meinderat habe man die Pflicht, das Programm auszunutzen. Er fragt, ob eine Effizienzsteigerung durch die Vergabe von Maßnahmen an Dritte erreicht würde und erkundigt sich nach der Zeitachse für die Verschiebung gedachter Maßnahmen.

StR Späh findet die Vorlage eine gute, grüne Vorlage. Das Programm sei jedoch bereits überzeichnet. Er fragt, was getan werde, wenn Maßnahmen freier Träger zum Zuge kämen, ob dann die städtischen Maßnahmen reduziert würden und was dann mit dem städtischen Anteil wäre. Ferner bittet er mitzuteilen, ob man mit außerplanmäßigen Ausgaben arbeiten könne oder einen Nachtragshaushalt benötige. Wenn bei der Straßenbeleuchtung die Umstellung auf LED gemeint sei, würde dies von den Grünen sehr begrüßt, da man dies bereits zum Haushalt beantragt habe.

StR Funk versteht die Dankesworte seiner Vorredner nicht. Die Bankenkrise sei seines Erachtens auch von der Bundesregierung zu vertreten, die die Bankenaufsicht inne habe. Man könne jedoch nichts anderes als „Ja“ zu dieser Vorlage sagen. Das Projektpaket sei unter Zeitdruck erstellt, so dass nichts Gescheitertes herauskommen könne. Angesichts der geplanten 1 Mio. € Investitionen für die Jugendkunstschule frage er sich, wie man vor vier Jahren das Gebäude habe kaufen können. Man habe es aufgrund der Altstadtsanierung Ost gekauft und Landeszuschüsse dafür erhalten. Nun erhalte man erneut Zuschüsse. So werde die Staatsverschuldung nie sinken.

OV Krause bemerkt, die Verschiebung der Planung der Mettenberger Halle bedeute auch eine Verschiebung der Maßnahme insgesamt. Die Halle sei jedoch dringend sanierungsbedürftig und in einem bedauernswerten Zustand.

StR Weber unterstreicht dies. Beispielsweise sei kein Behinderten-WC vorhanden. Das Zeitfenster für die Realisierung der Maßnahmen des Konjunkturprogramms II sei seines Erachtens zu eng.

OB Fettback stellt klar, die Verwaltung fordere schon lange personelle Ressourcen und habe dies begründet. Die Ämter würden selbst vorschlagen, wo Maßnahmen am ehesten geschoben werden könnten.

Den Ausführungen StR Funks hält er entgegen, man stehe in Deutschland und Biberach allgemein vor großen Herausforderungen. In der Finanzwelt habe es schon lange schwarze Schafe gegeben und man dürfe an der aktuellen Situation nicht der Bankenaufsicht die Schuld geben.

Er erinnert daran, dass das ehemalige Nägele-Gebäude eine Brache für den Einzelhandel gewesen sei, was sicher immer noch der Fall wäre, hätte man keine Sanierungszuschüsse erhalten. Außerdem müsse man wissen, dass die Jugendkunstschule dann sicher noch immer keine Bleibe hätte. Es habe sich also um eine sinnvolle Investition gehandelt. Die Verglasung der Rathausarkaden wäre eine echte zusätzliche Maßnahme und sei mit Blick auf die Verlegung der Tourist Information ins Rathaus und die Umgestaltung der Bürgerinformationszentrale zu sehen. Man gewönne Raum. Die Frage der „Zusätzlichkeit“ der Maßnahmen sei noch nicht definiert.

EBM Wersch stellt klar, es sei kein Nachtragshaushaltsplan erforderlich.

BM Kuhlmann zeigt auf, dass eine Verschiebung von Maßnahmen erforderlich sei, da es sich um zusätzliche Maßnahmen handle, die durchgeführt werden müssten. Das Gebäudemanagement und das Hochbauamt seien jedoch schon vorher an der Oberkante der Belastung gewesen. Dies habe daher Verzögerungen anderer Maßnahmen zur Folge. Jede vergebene Arbeit müsse auch betreut werden, so dass mindestens ein Drittel der Arbeit, wenn nicht mehr, bei der Verwaltung

verbleibe. Zur Verglasung der Rathausarkaden habe man vom Bauausschuss einen Prüfungsauftrag zur genaueren Untersuchung dieser Lösung erhalten. Der Gemeinderat entscheide dann, ob sie realisiert werde. Bezüglich des beschleunigten Vergabeverfahrens sei man sehr zurückhaltend, da es nur drei Tage Zeitersparnis bringe und dabei hohe Unsicherheiten berge. Man wolle es daher aufgrund der geringeren Rechtssicherheit nicht nutzen. Durch die Ausschreibung in der Schwäbischen Zeitung erhielten überwiegend Biberacher Firmen die Aufträge. Bei der Straßenbeleuchtung gehe es um die LED-Technik. Hier habe wieder eine Neuentwicklung stattgefunden und man habe ein Modell gefunden, das interessant erscheine.

OB Fettback fügt an, die Erstellung zusätzlicher Garagen in der Turnhalle der Mittelberg-Grundschule wäre keine energetische Maßnahme und passe daher nicht ins Programm.

Herr Kopf lässt noch wissen, in der Stadthalle seien teilweise neue Türen eingebaut worden. 13 Stück seien jedoch noch nicht erneuert und zum Teil sehr verzogen. Ihr Austausch sei daher eine energetische Maßnahme.

StR Braig findet die Sanierung der Jugendkunstschule prima, da im letzten Winter enorme Heizungskosten in Höhe von 64 Mio. € angefallen seien.

BM Kuhlmann **sagt zu**, zu prüfen, warum man das Gebäude Nägele trotz des Sanierungsbedarfs erworben habe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die in der Drucksache Nr. 60/2009 dargestellten Maßnahmen vorzubereiten und beim Regierungspräsidium Tübingen zu beantragen. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der ermessensfehlerfreien Berücksichtigung der Anträge der sog. freien Träger durch die Verwaltung.

**TOP 7 Zuwahl zum Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahlen
am 7. Juni 2009**

54/2009

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 54/2009 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die SPD-Fraktion wird als Beisitzerin in den Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahl am 7. Juni 2009 Frau Inge Schmidt, Settelinweg 20, Biberach, gewählt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 50/2009 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback führt aus, im ersten halben Jahr des Betriebs des neuen Hallensportbades hätten sich die Besucherzahlen und die Einnahmen verdoppelt. Dabei seien die Kosten für Energie und Wasser vergleichbar geblieben, obwohl eine viel größere Fläche bedient werden müsse.

StR Dullenkopf fragt, warum man die Gesamtkosten genehmigen müsse. Die Kosten seien schon entstanden und seines Erachtens genüge eine Kenntnisnahme der Gesamtkostenrechnung. Nicht alle in der CDU-Fraktion seien einverstanden. Sie hätten nicht verwunden, dass 2006 eine Vorlage mit der Darstellung verschiedener Kosten und Varianten vorgelegt worden sei, bei der 7,357 Mio. € für einen Neubau vorgesehen gewesen seien. Hinzuzurechnen seien die Kosten für den Abriss und die Verlegung von Umkleiden u.ä., was knapp 8,2 Mio. € ausmache. Jetzt liege man bei Kosten von 11,477 Mio. € und habe noch keinen Ersatz für die Geräteräume und die Umkleiden.

StR Lemli führt aus, der Neubau spreche alle Generationen an und als neue Nutzer verzeichne man vor allem junge Menschen und Familien mit Kindern. Es sei nicht überraschend, dass das Bad bereits jetzt an der Kapazitätsgrenze angelangt sei. Der Bedarf sei größer als das, was man abdecken könne. Dagegen verzeichne man bei anderen Bereichen, beispielsweise der Stellplatzausweitung, oft vorausschauenden Gehorsam des Gemeinderats. Der Bedarf für die Gesundheit sei in Biberach gegeben und er sei gespannt, wie sich die Situation weiterentwickle. Man habe kein Freizeitbad, sondern ein Bad vor allem für Familien und Vereine. Gespannt sei er auf die Entwicklung im Zusammenhang mit der Freibadöffnung, die sicher positiv verlaufen werde durch das Highlight des Sprungbeckens. Als Fazit stellt er fest, der Neubau des Hallenbades sei eine gute, richtige und zukunftsweisende Entscheidung gewesen.

StR Zügel plädiert für eine zukunftsgerichtete Diskussion. Die positive Entwicklung der Besucherzahlen habe man erwartet. Ob man die Kosten genehmige oder zur Kenntnis nehme sei für den Rechnungsempfänger vermutlich zweitrangig. Entstanden sei ein schönes Hallenbad, das von den Besuchern angenommen werde.

Auch StRin Brunner findet das neue Hallensportbad gut und zeigt sich erfreut, dass es gut angenommen werde.

StR Funk meint, gegenüber dem ursprünglichen Gemeinderatsbeschluss hätten sich die Kosten verdreifacht. Man sehe sich bestätigt, dass sich nur wegen des Sprungturms die Wassermenge erhöht habe, die auch beheizt werden müsse. Daher seien trotz des besten Energiekonzeptes die Kosten nicht gesunken. Ferner habe man einen Bustransport, der ursprünglich als nicht erforderlich bezeichnet worden sei. Er lehne die Vorlage ab.

OB Fettback wehrt sich gegen diese falsche Bewertung. Die Betriebskosten seien 5 % niedriger gemessen zu vergleichbaren Zeiten und das, obwohl das BHKW noch nicht lange in Betrieb sei. Eine Teilung der Erschließungskosten zwischen Stadt und Stadtwerken sei einmütige Meinung gewesen. Man dürfe nicht die 8,4 Mio. € als Vergleich nennen, da die Energiezentrale mit 1,9 Mio. € hinzugekommen sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 5 Nein-Stimmen (StRe Braig, Dullenkopf, Funk, Kolesch), 4 Enthaltungen und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Biberach GmbH wird beauftragt, die Gesamtkosten von 11.477.000 € für den Bau des Hallensportbades Biberach zu genehmigen.

TOP 9 Bekanntgaben: Wechsel Tiefbauamtsleiter Rechmann

OB Fettback lässt wissen, Herr Rechmann verlasse aus persönlichen Gründen die Stadt. Der Gemeinderat habe der Ausschreibung der Stelle im schriftlichen Verfahren zugestimmt. Die Stelle sei am Wochenende ausgeschrieben gewesen.

TOP 10.1 Verschiedenes: Geldanlagen

StR Funk meint, es werde immer von Transparenz gesprochen. Er spricht einen Zeitungsartikel vom 03.03.09 zu den Geldanlagen bei Lehman Brothers an. Dort sei von 15.000 € Zinsen die Rede gewesen. Seines Erachtens hätten 17,11 Mio. € am Ende der Laufzeit herauskommen müssen. Wenn man gut rechne, könne man 16,3 – 16,5 Mio. € erwarten.

TOP 10.2 Verschiedenes: Textbebauungspläne

StR Funk spricht die in der letzten Gemeinderatssitzung verabschiedeten Textbebauungspläne an. Die Verwaltung habe zugesagt, die Eigentümer anzuschreiben. Die Firma Höhn habe eine Mitarbeiterin beauftragt, sich einen Bebauungsplan bei der Stadt zu besorgen. Hierzu habe er am Montag, 09.03.09 mit dem Bauverwaltungsamt telefoniert und sei an mindestens vier Stellen vermittelt worden. Als Zuständige habe er Frau Christ genannt bekommen. Bei ihr habe er zwanzig Mal vergeblich versucht anzurufen. Am späten Nachmittag habe er sie am Apparat gehabt und von ihr die Auskunft erhalten, der Bebauungsplan könne im Internet angesehen werden. Dies habe jedoch nicht funktioniert, worauf Frau Christ darauf hingewiesen habe, dass auf Antrag Einsichtnahme möglich sei, Bebauungspläne aber nicht verschickt würden. Letztlich sei ihm der Bebauungsplan gefaxt worden.

Er moniert in diesem Zusammenhang, dass egal wo man bei der Stadtverwaltung anzurufen versuche, keine Rufumleitung geschaltet sei. Auch er habe oft die Erfahrung gemacht, dass Telefone nicht besetzt seien. Hier bestehe Verbesserungsbedarf.

OB Fettback gibt zu verstehen, dies sei kein Thema, das man im Gemeinderat unter Verschiedenes vorbringe. Die Behauptung, die Verwaltung sei nicht bürgernah, sei nicht richtig. Natürlich laufe nicht alles gut, es wäre jedoch effektiver, direkt mit den Dezernenten oder ihm derartige Dinge zu besprechen. Man werde dem Sachverhalt nachgehen.

TOP 10.3 Verschiedenes: Mensa-Essen

StR Funk bringt vor, vor kurzem sei sogar die Besteuerung von Mensa-Essen im Fernsehen thematisiert worden. Danach solle hierzu bereits im Oktober 2008 eine Entscheidung gefallen sein.

EBM Wersch erwidert, der Verwaltung sei zur Mensa nichts Neues bekannt.

TOP 10.4 Verschiedenes: Beamer Ratssaal

StR Wiest moniert die schlechte Qualität des Beamers im Ratssaal.

OB Fettback lässt wissen, im Folgemonat sei die Lieferung eines neuen Beamers vorgesehen.

TOP 10.5 Verschiedenes: Jugendsinfoniekonzert

StRin Buttschardt lobt das vor kurzem stattgefundenene Jugendsinfoniekonzert. Man danke der Musikschule mit Herrn Luderer und den Lehrkräften hierfür herzlich.

Es wird applaudiert.

TOP 10.6 Verschiedenes: Roter Bau

StR Späh bringt vor, bei der Verabschiedung des hospitälichen Haushalts sei die Übernahme des Roten Baus von der Stadt angeregt worden. Er fragt, ob man hierzu näher nachgedacht habe und wann die Vorlage zu erwarten sei.

OB Fettback antwortet, er kenne nur Überlegungen, dort eventuell ein Haus der Archive unterzubringen. Wenn dann könne nur ein Erbbaurecht erfolgen.

EBM Wersch fügt an, man diskutiere das Thema momentan nicht, so lange keine Objektlösung klar sei. Wenn man eine vorschlagbare Lösung habe, könne man über die Form der Umsetzung diskutieren.

OB Fettback lässt noch wissen, man strebe an, im ersten Halbjahr erste Gedankenvorschläge zu präsentieren.

Gemeinderat, 30.03.2009, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann